



## **Forderungen für einen gerechten globalen Agrarhandel**

900 Millionen der insgesamt 1,2 Milliarden Menschen, die weltweit weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung haben, leben in ländlichen Gebieten.<sup>1</sup> In Afrika leben mehr als 70% der Armen auf dem Land und verrichten Tätigkeiten in der Landwirtschaft. Ländliche Entwicklungschancen sind somit der Schlüssel zum Kampf gegen Armut und spielen eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Millenniumsziele - MDGs.

Die derzeit laufenden Verhandlungen zum Thema Landwirtschaft innerhalb der Welthandelsorganisation – WTO geben den entwicklungspolitischen Dachverbänden AGEZ und KOO Anlass, vier essentielle Forderungen für einen gerechten Agrarhandel aufzuzeigen.

### **1. Schutz der Ernährungssouveränität**

Ernährungssouveränität meint die Fähigkeit der Menschen sich und ihre Angehörigen mit ausreichender und kulturell angepasster Nahrung zu versorgen, die aus eigener Erzeugung oder aus Importen oder aus einer Mischung beider Quellen stammt. Um dies wenigstens ansatzweise zu gewährleisten, haben Entwicklungsländer vorgeschlagen, ihre Landwirtschaft durch die Kennzeichnung „besondere Produkte“ (so genannte special products) zu schützen. Dabei handelt es sich um Produkte, die für die Ernährungssouveränität des Landes von besonderer Bedeutung sind. Ebenso sollte ein besonderer Schutzmechanismus (der so genannten special safeguard mechanism) geschaffen werden, der ein schnell reagierendes und wirksames System zum Schutz der Agrarmärkte vor Importerhöhungen bilden würde. Natürlich können alle diese Vorschläge allein nicht die Ernährungssouveränität garantieren, dennoch bilden sie einen wichtigen Schutz vor Importen, die die Produktionskapazitäten im Inland unterminieren, egal ob mit oder ohne Dumping.

### **2. Verbot des Dumping**

Die derzeit gültigen WTO-Bestimmungen versuchen Dumping zu verhindern, indem sie den Ländern gestatten, Importe zu besteuern, die unter dem im Ursprungsland liegenden Preis verkauft werden (so genannte Dumpingzölle). Diese Steuer ist aber unzureichend und besonders für Entwicklungsländer sehr schwierig anzuwenden. Die weit verbreitete und chronische Überschussproduktion vieler Güter hat zu deren Preisverfall geführt und Dumping zu einer üblichen Strategie gemacht. Die Ursachen für Dumping sollen klar erfasst, Dumping muss progressiv abgebaut werden. Industrieländer sollten verpflichtet werden, den Export von Produkten unter den Produktionskosten wirksam zu verhindern, sei es durch Mengenregulation, sei es durch Exportabgaben. Die daraus eingenommenen Mittel sollten in einen Fonds gezahlt werden, aus dem ländliche Entwicklung und nachhaltige Landwirtschaft im Süden finanziert wird.

Entwicklungsländer haben mehrfach die Einführung von Schutzzöllen als Sonderbehandlung gefordert. Solange Industrieländer jene Exportsubventionen, die handelsverzerrend und schädigend sind, einsetzen, bzw. keinerlei Begrenzung sowie Kompensationszahlungen zustimmen, ist die Forderung nach besonderen Ausgleichsmaßnahmen als legitim anzusehen.

---

<sup>1</sup> IFAD, Achieving the MDGs by Enabling the Rural Poor to Overcome their Poverty, Rom 2003

### **3. Beseitigung realer Handelsverzerrungen**

Das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade<sup>2</sup>) von 1947 gestattete es den Ländern, landwirtschaftliche Produkte mit Zoll zu belegen, wenn sie diese selbst erzeugten. Es durften aber keine Überschüsse exportiert werden. Diese Bestimmung müsste wieder eingeführt werden. Man sollte nicht mehr nationale Stützungsprogramme nach ihren Kosten beurteilen, die Unterhändler sollten vielmehr die handelsverzerrenden Auswirkungen solcher Programme eindämmen. Es gibt kein Recht auf Export, aber auch keine Verpflichtung zum Import. Aber genau das scheint die Ansicht des derzeit gültigen Agrarabkommens zu sein. Jedes Land hat das Recht, selbst zu entscheiden, welche eigene landwirtschaftliche Produktion aufrecht erhalten und was importiert werden soll, solange die jeweilige nationale Politik andere Länder nicht daran hindert, dasselbe zu tun.

### **4. Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards**

Handelspolitische Reformen – auch im Bereich der Landwirtschaft – bewirken wenig, wenn sie nicht mit Mechanismen und Kriterien verknüpft werden, die auf eine Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen in den betroffenen ländlichen Gebieten abzielen. Die Freihandelsideologie der WTO und die damit verbundene Exportorientierung im Agrarbereich haben oft verheerende Folgen für die Kleinbauernfamilien, Landarbeiter und die Umwelt in den Entwicklungsländern. Handelspolitische Anreize sollten nur gegenüber Staaten gesetzt werden, die ein Mindestmaß an sozialen Normen und Arbeitsnormen garantieren. Eine globale Liberalisierung der Landwirtschaft ohne soziales Maß löst keine Probleme, sondern verschärft nur Gegensätze. Die internationalen Menschenrechts- und Umweltabkommen müssen gegenüber Handelsabkommen aufgewertet werden, sonst profitieren in erster Linie die multinationalen Konzerne, aber nicht die breite Bevölkerungsschicht. Zum Aufbau von Mindeststandards im Sozial- und Umweltbereich braucht es Know-how-Transfer und finanzielle Unterstützung von Seiten der Industrieländer.

Wien, am 25. Mai 2005

---

Dieses Papier baut auf „Ten ways to fix agricultural trade“ vom Institute for Agriculture and Trade Policy (Minneapolis, USA) und dem „Global Call to Action against Poverty“ der CIDSE auf. Weitere Informationen unter [tradeobservatory.org](http://tradeobservatory.org) und [www.agez.at](http://www.agez.at)

AGEZ - Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit  
Dachverband von 30 entwicklungspolitischen NGOs  
A-1090 Wien, Berggasse 7, Tel/Fax: 01/317 40 16  
[office@agez.at](mailto:office@agez.at) ; [www.agez.at](http://www.agez.at)

---

<sup>2</sup> GATT ist das Regelwerk, das zur Gründung der WTO führte.